



# **Niederschrift**

**über die Sitzung  
des Schulträgersausschusses  
am 25.01.2017**

## Anwesend

### - Vorsitz

Kurt Merkator

### - Mitglieder

Jürgen Brandt

Kerstin Bub

Alexandra Gill-Gers

Gunther Heinisch

Ruth Jaensch

Dr. Sabine Littig

Kurt Mehler

Christa Moseler

Anette Odenweller

Dr. Markus Reinbold

Uta Schmitt

Norbert Solbach

Karin Trautwein

Christian Viering

Christine Zimmer

Vertretung für Frau Willius-Senzer

Vertretung für Herrn Berndroth

Vertretung für Herrn Neger

### - Stimmberechtigte Mitglieder der Institutionen

Malte Daum

Armin Drebes

Germar Friedrich

Ralf Frühholz

Thomas Harrlandt

Klaus Heck

Ludwig Julius

Sabine Maskow

Armin Mößmer

Erika Müller

Gerhard Reuther

Roland Wollowski

(war bei der Abstimmung zu TOP 4 nicht anwesend)

### - Gäste

Klaus Cartus

Herbert Schneider

Hildegard Küper

### **- Verwaltung**

Monika Roth	(Dezernat IV)
Joachim Becker	(Amt 40)
Haiko Manz	(Amt 40)
Andrea Reith	(Amt 40)

### **- Schriftführung**

Carina Oster

### **Entschuldigt fehlen**

### **- Mitglieder**

Baris Baglan	
Claus Berndroth	Vertretung durch Herrn Mehler
Johannes Klomann, MdL	
Thomas Neger	Vertretung durch Frau Odenweller
Johannes Walter	
Cornelia Willius-Senzer, MdL	Vertretung durch Frau Bub

### **- Stimmberechtigte Mitglieder der Institutionen**

Annabel Pufal-Muth  
Dr. Harro Walger

## Tagesordnung

### a) öffentlich

1. Kommunales Bildungsmangement
2. Verlagerung der Sophie-Scholl-Schule (Berufsbildende Schule II)
3. Antrag 1681/2016 FW-G-Stadtratsfraktion
4. Sachstandsbericht zu den Anträgen 0034/2009 GRÜNE-Stadtratsfraktion und 0704/2014 SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP-Stadtratsfraktion
5. Peter-Jordan-Schule, Am Gleisberg
6. Vorstellung des schulbehördlichen Genehmigungsverfahrens
7. Mitteilungen
8. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 09.11.2016



Herr Mehler fragt, ob außer der Vergütung der ehrenamtlichen Tätigkeit ansonsten noch Kosten entstehen. Herr Cartus berichtet, dass es zunächst nur um den Aufbau von Koordinations- und Vernetzungsstrukturen geht. Aus dem Prozess heraus können sich bestimmte Sachverhalte entwickeln (z. B. das Durchführen von Projekten), die mit einer Kostenfolge verbunden sein können. Diese können jedoch jetzt noch nicht beziffert werden. Wenn Mehrkosten entstehen sollten, müssen diese in den Gremien behandelt werden. Dies wird von dem Vorsitzenden bestätigt.

Herr Julius merkt an, dass gemäß der Beschlussvorlage zwei Mitarbeiter zusätzliche Aufgaben übernehmen sollen. Er gibt zu bedenken, dass dies zu Lasten anderer bestehender Aufgaben geht und stellt die Frage, ob dies kostenneutral erfolgen kann. Außerdem vermisst er bei den Handlungsfeldern auf Seite 4 Punkt 3 das Thema Inklusion. Der Vorsitzende teilt zur ersten Frage mit, dass die Verwaltung gut darin ist, Prioritäten zu setzen. Das Personal muss richtig eingesetzt werden. Es handelt sich dabei um flexible Planer, die die Projekte je nach Priorität bearbeiten. Zur zweiten Frage macht er darauf aufmerksam, dass das Thema Inklusion als Querschnittsaufgabe zu werten ist. Inklusion ist immer in allen Sachverhalten involviert und muss daher nicht extra erwähnt werden. Herr Cartus bekräftigt, dass es sich bei den genannten Handlungsfeldern nicht um eine abschließende Aufzählung handelt. Das Thema Inklusion wird immer mitbedacht.

Herr Julius kritisiert, dass gemäß den Handlungsfeldern die Realschulen plus gestärkt werden sollen. Andere Schularten werden ansonsten nicht ausdrücklich erwähnt. Der Vorsitzende berichtet, dass die Handlungsempfehlungen Ergebnis eines Fachtages sind und nicht von der Verwaltung bestimmt wurden. Außerdem war es der ausdrückliche Wunsch des Schulträgersausschusses, dass die Realschulen plus gestärkt werden sollen. Er weist außerdem daraufhin, dass vom 23.01.2017 bis zum 27.01.2017 die „Woche der Realschulen plus in Mainz“ stattfindet. Diese startete am Montag in der Anne-Frank-Realschule plus. Es handelt sich dabei um eine gemeinsame Informationskampagne der Realschulen plus und des rheinland-pfälzischen Bildungsministeriums. Ziel der Kampagne ist, das Image der Schulform durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern.

Der Schulträgersausschuss stimmt der Umsetzung der Handlungsempfehlungen zum Aufbau eines kommunalen Bildungsmanagements einstimmig zu.

**Punkt 2**                    **Verlagerung der Sophie-Scholl-Schule (Berufsbildende Schule II)**  
**Vorlage: 1753/2016**

Der Vorsitzende erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Reuther berichtet, dass die Argumente, die in der Beschlussvorlage aufgeführt werden, seitens der Berufsbildenden Schulen sehr gut nachvollziehbar sind. Von schulischer Seite wird der zweite Vorschlag mit dem Ersatzneubau ebenfalls bevorzugt.

Herr Julius bekräftigt, dass die Beschlussvorlage schlüssig ist. Es ist erfreulich, dass das sanierungsbedürftige Gebäude abgerissen und dass eine neue Schule bedarfsgerecht nach den Bedürfnissen der BBS II gebaut werden soll.

Der Schulträgersausschuss beschließt einstimmig, dass die Sophie-Scholl-Schule (BBS II) angesichts der steigenden Schülerzahlen in den Innenstadtsschulen in einen zu erstellenden Ersatzneubau auf dem Gelände der ehemaligen Fachhochschule „An der Bruchspitze“ in Mainz-Gonsenheim verlagert wird.

**Punkt 3**            **Antrag 1681/2016 FW-G-Stadtratsfraktion**  
**hier: Standort für eine neue IGS und ein neues Gymnasium am Kissel-**  
**berg/Europakreisel**

Herr Merkator stellt den Antrag der FW-G-Stadtratsfraktion vor. Er berichtet, dass es diese Woche Fortschritte hinsichtlich der Standortfrage der benötigten Schulen gab. Die Standortfrage ist jedoch noch nicht abgeschlossen. Es könnte sein, dass es diesbezüglich eine Sondersitzung des Schulträgerausschusses geben wird. Dies wird aber nur der Fall sein, wenn das Konzept ausgereift ist. Der Standort Kisselberg/Europakreisel wird weiterhin geprüft. Im Rahmen des Standortkonzeptes wird dann berichtet, warum er als Standort ausgewählt wurde bzw. warum nicht.

**Punkt 4**            **Sachstandsbericht zu den Anträgen**  
**0034/2009 GRÜNE-Stadtratsfraktion**  
**hier: Mainzer Schulen inklusiv gestalten**  
**0704/2014 SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP-Stadtratsfraktion**  
**hier: Gemeinsam lernen - Mainzer Schulen inklusiv entwickeln**  
**Vorlage: 1721/2016**

Der Vorsitzende stellt die Beschlussvorlage vor.

Frau Jaensch fragt, ob es in den Berufsbildenden Schulen schon Kinder gibt, die im Rahmen der Inklusion zusammen lernen und welche Erfahrungen es dabei gibt. Frau Küper teilt hierzu mit, dass es seit dem letzten Jahr ein BVJ Inklusion an der BBS II gibt. Am Anfang wurden zwei Kinder mit dem Förderschwerpunkt unterrichtet. Die Klassen, in denen die Kinder unterrichtet werden, werden auf insgesamt 16 Kinder angelegt. Die Inklusions-Schüler zählen doppelt. Im zweiten Jahr gibt es acht Kinder mit dem Förderschwerpunkt. Pro Klasse darf es nur vier Kinder mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung geben. Daher wurden zwei Klassen à 12 Kinder gebildet. Die Kolleginnen und Kollegen gehen mit viel Enthusiasmus an die Arbeit.

Herr Daum bedankt sich für Beschlussvorlage. Er weist darauf hin, dass die meisten Lehrkräfte von der Windmühlenschule abgeordnet sind. 50 % der Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt (ca. 330) besuchen Förderschulen und die anderen 50 % besuchen die Schwerpunktschulen. Diese Zahlen übertreffen die vom Land geforderten Werte.

Frau Jaensch erkundigt sich danach, welche Erfahrungen bislang mit dem Förder- und Beratungszentrum gemacht wurden. Herr Daum berichtet, dass es verschiedene Anfangsschwierigkeiten gab, die beteiligten Personen jedoch guten Mutes sind. Es gibt einen klaren Ablaufplan, wie es weitergehen soll. Für die Entwicklung des Zentrums wurde ein Jahr eingeplant. Herr Daum hat vom Land die Auskunft erhalten, dass es keine zusätzliche Stelle geben wird.

Der Schulträgerausschuss nimmt den Sachstand zur Kenntnis. Die Anträge sind erledigt.

**Punkt 5**            **Peter-Jordan-Schule, Am Gleisberg**  
**hier: außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 805.300,-€ zu Las-**  
**ten des Gesamtabschlusses**  
**Vorlage: 1547/2016**

Der Vorsitzende stellt die Beschlussvorlage vor.

Der Schulträgerausschuss nimmt die außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 805.300,-€ im Haushaltsjahr 2016 zu Lasten des Gesamtabchlusses zur Kenntnis.

## **Punkt 6**      **Vorstellung des schulbehördlichen Genehmigungsverfahrens**

Herr Becker stellt das schulbehördliche Genehmigungsverfahren mithilfe einer Power-Point-Präsentation vor. Diese wird der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Frau Bub merkt an, dass das Genehmigungsverfahren lange dauert und erkundigt sich danach, was passiert, wenn sich der Bedarf im Laufe der Zeit ändert. Der Vorsitzende teilt hierzu mit, dass die Planung zwischendurch an den geänderten Bedarf angepasst wird.

Frau Zimmer merkt an, dass bei den einzelnen Schritten nicht parallel gearbeitet wird. Das Problem liegt nicht an der Stadt Mainz, das Land muss darauf aufmerksam gemacht werden. Es muss sich darüber Gedanken gemacht werden, wie die Prozesse anders strukturiert werden können. Das bisherige Verfahren ist nicht wirtschaftlich, jede Stunde des langen Genehmigungsverfahrens kostet Geld.

Herr Mehler entgegnet, dass die Frage, ob das Verfahren wirtschaftlich ist oder nicht, nicht vom Zeitablauf abhängt. Er stellt jedoch ebenfalls fest, dass das Verfahren lange dauert. Er erkundigt sich danach, ob normalerweise die geplanten Kosten am Ende des Projekts zutreffen oder ob i. d. R. Mehrkosten entstehen. Ebenfalls bittet er um Mitteilung, mit wie viel Prozent sich das Land an den Kosten beteiligt. Herr Becker teilt hierzu mit, dass die Budgets grundsätzlich auskömmlich sind. Die GWM hat ein Controlling und steuert im Bedarfsfall die Kosten. Wichtig ist, dass Standards nicht reduziert werden. Wenn in begründeten Fällen das Budget nicht ausreichend ist, müssen die Mittel nachbewilligt werden. Es können z. B. Mehrkosten durch zusätzliche Raumbedarfe entstehen. Das Land beteiligt sich mit rund 40 % bis 45 % an den zuwendungsfähigen Kosten.

Der Vorsitzende erinnert daran, dass auch das Thema Inflation zu beachten ist. Diese führt zu einer Baukostensteigerung von mehr als 3 %. Ein Projekt ist 2020 demnach deutlich teurer als die Planung im Jahr 2013 vorsah. Er gibt zu bedenken, dass die Dauer der Bauprojekte auch von der Personalstärke der GWM abhängig ist.

Herr Julius teilt mit, dass die Stadt Mainz nicht der einzige Schulträger ist, der Schulen baut. Die ADD und die SGD haben folglich viel Arbeit, was noch durch die Einsparmaßnahmen des Landes verschärft wird. Er ist in Sorge, weil in Mainz zwei weiterführende Schulen benötigt werden, die Planungsdauer aber durchschnittlich sieben Jahre in Anspruch nimmt. Nach seiner Auffassung sind die Anträge für die benötigten Schulen bis zum 31. März zu stellen, da es dringenden Handlungsbedarf gibt. Er weist auch darauf hin, dass es sich bei dem Beispiel der Grundschule Hechtsheim um einen Erweiterungsbau handelt und erkundigt sich nach dem Prozess der Raumplanung einer neu zu bauenden Schule. Herr Becker teilt hierzu mit, dass der Antrag für die neuen Schulen losgelöst vom 31. März gestellt wird. Das Datum hat nur Berechtigung, wenn eine Schule im Folgejahr eingerichtet werden soll. Da aber bekannt ist, dass die Schulen benötigt werden und die Planung eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt, ist die Verwaltung bemüht, alles rechtzeitig in die Wege zu leiten. Im Rahmen der Raumplanung einer neuen Schule bildet das Land eine Arbeitsgruppe, welche die Schule gemäß dem festgelegten Raumprogramm gestalten und entwickeln soll.

Herr Mößmer bittet um eine ausreichende personelle Ausstattung des Schulamtes. Er merkt an, dass es derzeit freie Stellen gibt und sagt, dass sieben Jahre für die Erweiterung einer

Schule nicht akzeptabel sind. Der Vorsitzende teilt mit, dass die Verwaltung bemüht ist, die personelle Ausstattung sicherzustellen. Der Großteil der Genehmigungsfragen ist jedoch nicht von der Stadt zu kontrollieren.

Nach Herrn Drebes muss versucht werden, die politischen Gremien dazu zu bringen, die Prozesse zu beschleunigen. Die Verwaltung soll diesbezüglich kreative Möglichkeiten ausloten (z. B. wurde das Gymnasium Oberstadt sehr schnell gebaut). Der Vorsitzende teilt hierzu mit, dass es bezüglich der Planung des Gymnasiums Oberstadt eine besondere Situation gab. Die Verwaltung sucht nach solchen kreativen Lösungen. Diese sind jedoch selten und nicht immer gleich realisierbar.

Herr Becker informiert darüber, dass grundsätzlich jede Baumaßnahme vor Einreichung eines Antrages auf schulbehördliche Genehmigung mit der ADD im Voraus abgestimmt wird. Bis zum Jahr 2014 hat die Verwaltung eine Zuschussunschädlichkeit bekommen, d. h. es konnte mit dem Bauprozess unmittelbar begonnen werden, was den Prozess um etwa ein Jahr verkürzt hat. Inzwischen darf mit dem Bau erst nach dem Erhalt des Förderbescheides begonnen werden. Die Zuschussunschädlichkeit wird nur noch in Ausnahmefällen gewährt (wenn z. B. Gefahr im Verzug ist wie im Falle des Brandschutzes). Wenn die Zuschussunschädlichkeit wieder gelten würde, wäre dies von großem Vorteil für alle Schulträger.

Herr Mehler hält die geteilte Finanzierungsverantwortung als eine Ursache für die lange Planung. Nach seiner Meinung ist es wünschenswert, wenn der Stadt Mainz die finanziellen Mittel gegeben werden und die Stadt eigenständig planen kann.

Der Vorsitzende schließt damit, dass er den Mitarbeitern der GWM für ihre Arbeit dankt und daran erinnert, dass es derzeit neben dem Schulbau auch noch viele andere Bauprojekte (Kita-Bau, Rathaus, Schloss) gibt, die von der GWM bearbeitet werden müssen.

## **Punkt 7            Mitteilungen**

Die nächste Sitzung des Schulträgerausschusses findet am 26.04.2017, um 16.30 Uhr, statt.

## **Punkt 8            Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 09.11.2016**

Das Stadtratsmitglied Xander Dorn teilte mit der Mail vom 09.12.2016 mit, dass die Niederschrift des Schulträgerausschusses vom 09. November 2016 das Stadtratsmitglied in falscher und somit ehrverletzender Weise als „Herrn“ bezeichnet.

Die Verwaltung entschuldigt sich und bittet um Kenntnisnahme.

**Ende der Sitzung: 17:55 Uhr**

gez. Merkator

gez. Oster

.....  
**Vorsitz**

.....  
**Schriftführung**